

Für das Menschenrecht auf Bildung für alle (1 Enthaltung)

Seit mehreren Wochen sind Hörsäle an Universitäten in ganz Österreich besetzt. Mehrere Großdemonstrationen der Studierenden - in welchen sowohl die Bildungspolitik der Regierung, wie auch wirtschaftspolitische Entscheidungen der Regierung kritisiert wurden - haben stattgefunden.

Die KPÖ unterstützt die studentische Protestbewegung voll und ganz. Wir tun dies nicht nur, weil Vizekanzler Pröll & die ÖVP, die trotz des totalen Versagens der neoliberalen Fantasmien weiterhin dem wirtschaftspolitischen Extremismus huldigen, dem studentischen Protest jede Legitimität absprechen, während der Kanzler wieder einmal auf die Positionierung der Kronen-Zeitung schießt. Wir unterstützen die Proteste, weil die Protestbewegung klar und deutlich formuliert, dass die Durchsetzung freier und kostenloser Bildung für alle ein Menschenrecht ist, welches wiederum die Sicherung und den Ausbau des kostenlosen öffentlichen Bildungswesens zur Voraussetzung hat. Soziale Herkunft, dies war seit eh und je die Position der KPÖ, darf nicht die Bildungs- und Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen vorherbestimmen.

Eine OECD-Studie aus dem Jahr 2008 hält fest, dass in Österreich nur 21 Prozent eines Altersjahrgangs HochschulabsolventInnen sind - womit der Anteil der Hochqualifizierten je Jahrgang der drittniedrigste in der OECD vor der Türkei und Griechenland und gleichauf mit Deutschland ist. Die Akademikerquote (an der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung) liegt bei 18 Prozent und damit ebenfalls deutlich unter dem OECD-Schnitt von 27 Prozent.

Zugang und Nutzung der Bildungsinstitutionen sind zudem noch immer abhängig von sozialer und ethnischer Herkunft sowie dem Geschlecht. Zwar stieg der Anteil der Frauen unter den Studierenden von 25 Prozent (1970) auf rund 54 Prozent, doch die Universitäten sind überwiegend ein "männlicher Ort" geblieben, wie die Zahlen zum Frauenanteil am Lehrpersonal (39 Prozent) aus dem Jahr 2008 und der Professorenschaft (17 Prozent) zeigen. Die Ursachen für die niedrige AkademikerInnenquote in Österreich sind neben der Verschärfung der Studienbedingungen vor allem auch das den Universitäten vorgelagerte Schulsystem. Nur 40 Prozent eines Jahrganges haben mittels Matura Zugang zu einem Studium.

Trotz dieser katastrophalen Lage "arbeiten" seit 2 Jahrzehnten Bundesregierungen verschiedener Couleurs an der Umwandlung der Universitäten in kapitalistische Unternehmen, was die Situation weiter verschlimmern würde. Durch eine Schein-Autonomie wurde ein Wettbewerb der Universitäten geschaffen - Bildung wurde zur Ware degradiert. Mit der Aussage, Sponsoringgelder seien heute für Universitäten "unerlässlich" und der Nominierung von Industriellen oder Bankbossen für die Universitätsräte wird die Unterwerfung der Universitäten unter die Interessen des Kapitals deutlich. Die formale Autonomie wird durch die Zwänge zur Eigenfinanzierung und das damit zwangsläufig verbundene "Sponsoring" durch Banken und Konzerne ad absurdum geführt. Der Weg dahin, dass privates Kapital direkt am "Unternehmen Universität" beteiligt wird, ist damit vorgezeichnet.

Die österreichische Hochschulpolitik ist jedoch im größeren Rahmen einer EU-weiten bzw. globalen Entwicklung unter den Bedingungen einer vom neoliberalen Kapitalismus forcierten Politik der Liberalisierung und Privatisierung zu sehen. Konkreten Ausdruck findet diese Politik in den Bestrebungen des GATS-Abkommens der Welthandelsorganisation WTO bzw. in der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Für beide gilt Bildung als handelbare Dienstleistung und damit als Ware.

Die Forderungen der KPÖ

Wir stehen für den Ausbau der Hochschulen und die Gebührenfreiheit von Schulen und Hochschulen. Zugleich fordern wir die Abschaffung der Studienplatzbeschränkungen durch Aufnahme- und Knock-out-Prüfungen, die Rücknahme der Hochschulreform und freien Studienzugang unabhängig von der staatlichen Herkunft.

Als notwendig erachten wir zudem die Ausweitung der Stipendien und die Indexanpassung von Stipendien und Familienbeihilfen. Gleichzeitig tritt die KPÖ für eine Reform des allgemeinen Bildungswesens jenseits von Eliten(re)produktion und Marktkompatibilität mit einer Gesamtschule als Kernpunkt ein, um breitestmöglichen Zugang ohne die derzeitigen Sackgassen zum Studium zu schaffen und emanzipatorische, feministische und progressive Lehrinhalte zu ermöglichen.

Die Finanzierung der Universitäten muss aus dem Budget erfolgen. Dafür ausreichende Mittel können durch eine höhere Besteuerung von Kapital und Vermögen, die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, der ersatzlosen Abschaffung des Bundesheeres u.a. Maßnahmen erfolgen.

Die KPÖ lehnt die Führung der Universitäten nach dem Muster kapitalistischer Unternehmen ab - Lehre und Forschung sind von den immer stärkeren Zwängen von Konzern- und damit Profitinteressen und der damit verbundenen Verschulung zu befreien. Die demokratische Mitbestimmung von Lehrenden und Studierenden über den Hochschulbetrieb ist für uns ein Muss.

Die KPÖ tritt weiters für eine Reform der ÖH als öffentlich-rechtliche Körperschaft mit einem allgemeinpolitischen Mandat als einheitliche Vertretung der Studierenden von Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen ein, wobei die Direktwahl der Bundesvertretung wieder hergestellt werden muss und ausländische Studierende unabhängig vom Herkunftsland auch das passive Wahlrecht erhalten müssen.

Zudem fordern wir:

Schluss mit der sozialen Auslese am Ende der Volksschule. Schluss mit der Benachteiligung der Kinder von ArbeiterInnen, AlleinerzieherInnen und MigrantInnen: Wir fordern ganztägig geführte Gesamtschulen bis zum Ende der Schulpflicht, soziale Integration und individuelle Förderung aller Begabungen und Talente.

Wir fordern kleine Klassen, ein breites musisch-kreatives, sprachliches, naturwissenschaftliches und sportliches Angebot und weltoffenen, projektorientierten Unterricht auf wissenschaftlicher Grundlage. Wir fordern die Anhebung der Ausbildung aller LehrerInnen auf Universitätsniveau, ein gemeinsames Bundesdienstrecht aller LehrerInnen und gemeinsame Schulbau und Schulraumnutzung als Kompetenz von Ländern und Gemeinden.

Bildungspolitik ist Sozialpolitik. Zu ihrer Verwirklichung ist die Umverteilung gesellschaftlich geschaffenen Reichtums notwendig.